

Die Sozialpsychologie des Meinens: zu Tendenzen der deutschen Öffentlichkeit

Heinze, Theodor T.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Heinze, T. T. (1988). Die Sozialpsychologie des Meinens: zu Tendenzen der deutschen Öffentlichkeit. *Psychologie und Gesellschaftskritik*, 12(4), 79-85. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-249220>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

DIE SOZIALPSYCHOLOGIE DES MEINENS ZU TENDENZEN DER DEUTSCHEN ÖFFENTLICHKEIT

THEODOR T. HEINZE

Öffentlichkeit - gibt's die noch? Klar, jede Menge Zeitungen sind da und Fernsehprogramme und sogar nachts kann man in den schillernden Videotheken noch allerhand Anschauungseinheiten bekommen, wenn Kulenkampffs tägliche Kurzphilosophie und die Klänge der Nationalhymne schon längst Ruhe angeordnet haben. Sonntags reden Journalisten aus allen Ländern im Presseclub (Werner Höfers Ex-Frühschoppen), daneben gibt es Quizmagazine, Anrufsendungen, in denen sich Bürger die Sorgen von der Seele reden dürfen, Leserbriefseiten und in der Hafensstraße war sogar ein "Plenum", zu dem jeder kommen und auch was sagen durfte. Jeder. Trotzdem, öffentliche Meinung ist zwar immer da, aber sie ist etwas anderes als gesellschaftliche Kommunikation im Sinne von Öffentlichkeit wäre. Die Ausdrücke, die verschiedene Gruppen und Institutionen zur Wirklichkeit in Beziehung setzen, scheinen der Subkultivierung unterworfen. Sie erreichen kein Zentrum, umgreifen kein Gesamt der Wirklichkeit. Nur die In-groups verstehen einander. Außen vor bleibt vor allem eines: der Handlungsanschluß an die Politik.

Der Spiegel enthüllte Machenschaften eines Kieler Medienreferenten, aber das Politische System spielte daraufhin Blinde Kuh: Nicht etwa nur die Regierung, nein auch die Opposition. Wer sich empörte, das war der Spiegel, und nicht etwa die Öffentlichkeit. Die Bedeutungslawinen aus Enthüllung und Kritik rollen schon früh auf einem dafür reservierten Feld aus; die Landschaft der politischen Höhenlagen bleibt verschont. Gegen die Infektionsgefahr durch Kritik ist das Politische fast immun. An der Systemgrenze von Medienwelt, Politik und Verwaltung und individuellen Lebenssphären gibt es nur noch wenig geöffnete Übergangsstellen. Wer abends die Tagesschau ansieht - und das ohnehin eher zur Entspannung und Unterhaltung als zur Entscheidungsfindung, lenkt die zur Information reduzierte Nachricht in eine ganz andere Bahn: mit ihr schafft sich ein zwar autonomes, aber deshalb nicht schon souverän politisches Subjekt Orientierungen, die die brüchig gewordene Systemintegration nicht mehr hergibt. Welche Orientierungen das sind, das liegt an höchst pluralen Wirklichkeitsinterpretationen

und individualisierten Symbolfolgen. Beim Zuschauer kommt etwas anderes an, als abgesendet wurde. Nicht etwa in bösen und hinterhältigen Manipulationsanstalten, sondern durch soziale Muster der Machtverteilung und ihre psychosozialen Bewußtseinsäquivalente findet eine Umarbeitung und Durchmischung des Rohstoffs politischer Öffentlichkeit statt: gerade dann, wenn sie überzukochen droht, schüttet man sie um in den Topf der Stilfragen und der lebensweltlichen Alltagsdeutungen. Barschel tot? Was, das war Mord, der CIA muß dahinterstecken oder vielleicht die Genfer Waffenmafia. So ein feiger Kerl, sagen die anderen, was soll die arme Frau jetzt machen allein mit den 4 Kindern? Wo die politische Willens- oder gar Konsensbildung fehlt, sei es weil sie scheiterte oder sei es, weil sie nie erreicht wurde, läßt sich das Private umso mehr auf. Daß fast alle Meinungsträger wissen ließen, nach dem Genfer Tod müsse jeder Streit verstummen, erscheint ziemlich überflüssig, weil es ja keine politische Empörung der Öffentlichkeit gegeben hatte, sondern eher ein Aufleben der allerschönsten Stammtischpolitik: in der Metamorphose der politischen zur kulturellen Öffentlichkeit findet ein Bedeutungswandel statt, der auf ein Partizipationsdefizit des Publikums hindeutet. "Ihr da Ohm macht eh Watt ihr Volt" - wir lachen uns dann hier unten ins Fäustchen, wenn auf der Bühne der Repräsentation mal ein Zaubertrick schiefeht. Ist das obligatorische Make-up des Entsetzens erst einmal verbraucht, so konturiert sich bald die klammheimliche Schadenfreude - als sensationslüsterne Dokumentationswut der Boulevardchronisten oder mit der ernsten Miene der Seriösität, immer auch nach Auflagen und Einschaltquoten schielend.

Noch in die verordnete Schweigeminute hinein posaunte der Stern, daß im Hotel Beau Rivage bereits die Kaiserin Sissi von einem Anarchisten erdolcht wurde. Die Erinnerung an vordemokratische Zeiten und das Pathos des guten Herrschers kam gerade recht. Denn vielleicht ist zwar in der preußischen Bundesrepublik Deutschland alles etwas sachlicher geworden - aber wenn in Kiel oder an der Startbahn West die Fahnen auf Halbmast gesetzt werden, dann gilt die Trauer nicht den verlorenen Menschen. Für Ohnsorg, für Dutschke, die Verzweifelten der RAF, für Rattay, Altun, Sare und viele viele andere wurde ja auch nicht abgeflaggt, sondern aufgerüstet. Nein, hier trauert der Staat allenfalls um sich selbst und bestätigt die Foucaultsche Vermutung, daß Thron und Gewand, die Ausstattung des Fürsten noch fortleben, wenn der Kopf des Herrschers längst gerollt ist.

Bürgerliche Gesellschaft ist nach einer Formel Negt/Kluges Fehlen von Zusammenhang. Sie anzueignen verlange Orientierungsarbeit. Wo bitte, ist das Forum des Austauschs für die sozialen Thematiken, wo wird denn politisch nicht nur deklamiert oder denunziert, sondern wirklich verhandelt und gefunden, wie mit der rollenden Lawine einer Zweidrittel-Gesellschaft umzugehen sei?

Ein Begriff der Öffentlichkeit, der den Anspruch einer Anbindung ans politische System noch nicht eingezogen hat, entstammt dem Übergang von der feudalen zur funktional gegliederten Gesellschaft. Die höfischen Ministerialeinrichtungen öffnen sich vorparlamentarisch in Richtung auf Ständeversammlungen, und während die Figur des abgedankten Königs oder Fürsten im breiter gestreuten Politischen fortlebt, transformiert die Etablierung von Öffentlichkeit die Rolle der ehemals Beherrschten nun in die eines Publikums. Sicher, dessen Meinung wird erst ganz allmählich durch Befragung und Wahlen ermittelt - aber sie wird im Hin- und Her der Fraktionen, der Regierung und der Opposition zumindest intern im Politischen System bereits aufgestellt. Daß diese Aufstellung von Positionen nur zu oft theatralische Fiktion ist, das kann wiederum nur von den Zuschauern, nicht aber von den Akteuren auf der politischen Bühne überhaupt gesehen werden. Es bilden sich deshalb zwei öffentliche Meinungen: einmal die in den politischen Diskursen repräsentierte samt der dazugehörigen Verzerrungen, und dann die unmittelbare der Politik-Objekte, die nun unter sich die Kosten und Folgen eines expandierenden Systems politischer Planung und Steuerung verhandeln.

Ist aus der politischen erst einmal eine kulturelle Öffentlichkeit geworden, so ist der Mythos von der Zentralität des Politischen noch viel schwerer zu dechiffrieren, denn im Bauche der Kultur ist es dunkel. Nichtsdestoweniger sind französische Unkenrufe, die ein schwarzes Loch der alle Diskurse verschluckenden Masse konstatieren, von einem erstaunlichen Defaitismus geprägt. Daß die politische Öffentlichkeit den bürgerlich-utopischen Anspruch, Vermittlungsinstanz in alle Richtungen zu sein, nicht erfüllt, erfordert zum Glück noch keinen Wechsel ins radikal apolitische Lager der Simulation und der Indifferenz. Zwar beschränken sich die Kantschen Prinzipien von Gleichheit der Teilnehmer, Universalismus der Themen und Unbegrenztheit des Publikums auf philosophisches Wunschdenken, während heutige Wirklichkeit immer noch mit historisch-moralischen Bindungen, formalen Zugangs- und Legalitätsregeln und sozialen Disparitäten der Idee freier Kommunikationsgemeinschaften Hohn spricht. Aber abgesehen von der Frage, ob in diesem Gemeinschaftsbegriff der deutschen Philosophie und Soziologie das Komplexitätsniveau funktional differenzierter Gesellschaft nicht unter-

laufen wird, verleitet die französische Kritiktradition zu sehr dazu, die demokratischen Errungenschaften freien Informationszugangs und offener Diffusionsnetze zu übersehen. Gewiß, Öffentlichkeit hat bis ins 20. Jahrhundert hinein durchaus noch eine feudale Dimension von Darstellung und ist vielleicht erst im Begriff, die bürgerliche Dimension von Verständigung zu erreichen. Ihrem Entstehungskontext nach muß man Öffentlichkeit als Korrelat zur mittlerweile prekär gewordenen politischen Steuerung begreifen, während in der alteuropäischen Begrifflichkeit das Soziale, der Alltag, die Lebensmuster, die Problemwahrnehmungskompetenzen und die gruppen-, generations- und geschlechtsspezifischen Umgangsformen mit dem Bereich des "Privaten" identifiziert werden. Öffentlichkeit ist das historische Medium, in dem die nicht-führenden Schichten Zugang zum Politischen erlangen oder erlangen sollen - einem Politischen, das sie zwar nicht haben, in dessen Nähe sie sich allerdings befinden - während das Soziale für sie schon immer unmittelbar ist.

Wenn auch die öffentliche Meinung heutigen Typs die Bindungskraft für politische Eingriffe und den Diskurs um souveräne Positionen gesellschaftlicher Klassenlagen und Subjektivität gerade neutralisiert und nicht produktiv einbindet, so darf man doch nicht von der blockierten Politikvermittlung schon auf das Scheitern jeglicher Rezeptionszusammenhänge kurzschließen. Die Apathie ist kein Sozialisationsdefizit mehr, sie ist ein objektiver Schutz gegen einen Typus von Öffentlichkeit, den man schon kennt und der sich abgenutzt hat. Aber anders als z.B. in USA sind die Kompetenzniveaus politischer Sensibilität in der Bundesrepublik reaktivierbar. Hier steht eine moralische Schmerzgrenze der Wohlfahrtsstaatsklienten noch asymmetrisch zur Taubheit staatlicher Institutionen gegen Lärm, den sie dann mit Polizeisirenen übertönen. Soziale Kämpfe haben eine Chance, und sie sind ohne Öffentlichkeit, jedenfalls auf dem Boden unserer alteuropäischen Traditionen, undenkbar.

Freilich ist die Praxis der Öffentlichkeit gegenwärtig kein Frühwarnsystem, sondern stolpert dokumentarisch hinterher, präsentiert die Not als Mode. Aber selbst wenn man diesen überformenden Typus öffentlicher Meinung mit seiner mediatisierenden Gewalt der Sendezeit, der Akzeptanz, der Moderation, des Themenwechsels antiinstitutionell negiert, also in subkulturellen Verständigungsgemeinschaften verharret und neue und andere Themen so wenigstens eine Zeitlang vor dem assimilierenden Zugriff schützt: das gegenwärtige Niveau von Informationsgesellschaft darf nicht mehr unterlaufen werden, wenn die Artikulationsfähigkeit sozialer Gruppen und Bewegungen sich zur Reformulierung von Lebenslagen verstetigen und

so etwas wie einen Diskurs von den Peripherien her in Gang bringen will. Das Modell Öffentlichkeit ist zwar nachfeudal, aber auch noch vorkapitalistisch. Es suggeriert daher eine nur ideelle Gleichheit der Teilnehmer, es abstrahiert von klassen- und gruppenspezifischen Rezeptionsweisen. Öffentlichkeit scheint gerade in ihrer utopischen Konstruktion, nämlich korrektiver Raum der Vermittlung von Weltansichten zu sein, ins Paradoxe abzudriften: ihr komplettierender Zwang zur Selbstüberbietung kollidiert damit, daß sie sich im Schweigen unterbietet.

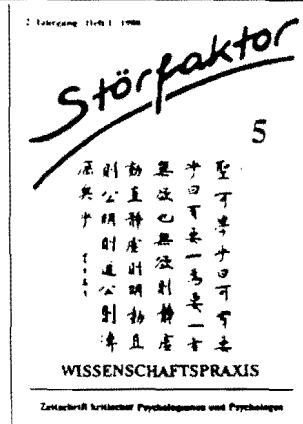
Und eben dieses Schweigen, zumindest subkulturelle Geborgenheit, liegt nahe, wenn man sich nicht auf das Glatteis der Affizierung und Verkürzung begeben will. Dort auszurutschen, schadet den politischen und sozialen Anliegen, die doch andererseits Repräsentation und Ausdruck benötigen. Nach Thematisierungsversuchen wie dem Buback-Nachruf 1977 war Vorsicht angebracht. Zehn Jahre später erntete eine Abgeordnete der Grünen schallendes Gelächter der beinahe ausnahmslos männlichen Volksvertreter, als sie den alltäglichen Sexismus auf die Tribüne der Nation und vor die Fernsehkameras brachte. In der Schwarzwaldklinik hätte niemand mit der Wimper gezuckt, aber die Verletzung der Legitimitätsgrenze politischer Öffentlichkeit brach ein Sakrileg in destruktiv-produktiver Weise. Wie aber solchen Äußerungen eine globalpolitische Kontinuität jenseits der etablierten parlamentarischen Spielregeln einerseits und des subpolitischen Meinungsdschungels andererseits verliehen werden kann, steht vorläufig außerhalb der sozialpsychologischen Integration und noch ganz in der individuellen Kombinations- und Assoziationsfähigkeit der Einzelnen. Niklas Luhmann hat behauptet: "Wenn alles gesagt ist, ist das Thema ruiniert." In der Bundesrepublik droht die genügsame Beschränkung auf die Nahwelt der eigenen sozialen Bewegung, deren Kurzlebigkeit - sei es Atom, Frieden oder Häuserkampf - schon durch die Gewohnheiten des unterhaltsamen Themenwechsels gesetzt ist.

Eine kritische Öffentlichkeit verlangt strukturelle Kontinuität und Innovation jenseits der Tagesthemen. Die Wiederaufnahme und Gewichtung "verbrauchter" Themen ist aber individualisiert, eine gesellschaftliche Institution steht dafür nicht zur Verfügung. Vorerst ist deshalb die Öffentlichkeit noch im Subjekt aufgehoben. Dort aktualisieren sich dringliche Fragen, werden die notwendigen Verknüpfungen hergestellt, die im Reigen der Akzeptanzen ausbleiben. Was in der klassischen Öffentlichkeit untergebracht sein sollte, findet heute seinen Ort eher in der Subjektivität. Ob diese Transformation reversibel ist, gesellschaftliches Bewußtsein sich wieder mit den persönlich hergestellten Verbindungen verknüpft und einen das Meinen überschreitenden öffentlichen Diskurs in Gang

bringt, ist wiederum von der individuellen Bereitschaft abhängig, den Schutzwahl des Schweigens zu verlassen und die verweigerten Bedeutungen in den gesellschaftlichen Raum wieder hineinzuspielen. Die Furcht vor der Gefahr, dort als Mode gefeiert und morgen billig verramscht zu werden, hemmt die Neigung zur Artikulation. Wovon man nicht reden kann, davon muß man schweigen.

Theodor T. Heinze
Windscheidstraße 19
1000 Berlin 12

Nummer 5: Wissenschaftspraxis
(98 Seiten, öS 75.- / DM 11 / sFr 10)



ZEITSCHRIFT KRITISCHER
PSYCHOLOGINNEN UND PSYCHOLOGEN

Abo (4 Nummern pro Jahr):

StudentInnen/Erwerbslose - öS 180/DM 30/sFr 25

Normalabo - öS 220 / DM 35 / sFr 30

Förderabo/Institutionen - öS 260 / DM 41 / sFr 35

Bestellung: GkPP A-1070 Wien, PF 422

Nummer 1: "Psychologie & Krise"

(64 Seiten, öS 60.- / DM 9 / sFr 8)

Nummer 2: "Arbeit / Identität"

(96 Seiten, öS 75.- / DM 11 / sFr 10)

Nummer 3/4: "Behinderung"

(128 Seiten, öS 100.- / DM 15 / sFr 14)

Nummer 6/7: "Neue Technologie"

gü Haller, Sieglinde Rosenberger: Politologin statt Feministin? Ein Beitrag zum ersten "Frauenforschungslehrstuhl in Österreich."

ronika Bennholdt-Thomsen: Sexualpolitik im Wissenschaftsbetrieb.

MALE: Von Begeisterungen und Leiden-schaften. Einblick in feministische Theorie und Praxis.

hael Schratz: Wider die Domestizierung der wissenschaftlichen Erfahrung durch das akademische Milieu. (f) Klärungsversuche im gestörten Verhältnis von Wissenschaft und Praxis.

mund Linder: Forschung mit Hindernissen.

i-Max Bartel: (Selbst)Behinderung psychologischer Berufspraxis - Erfahrungen eines kritischen Psychologen.

ta Danneberg: Marie Langer. Psychoanalytikerin.